

**Klage vor dem Finanzgericht
Anerkennung von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten**

Absender/in
Steuer-Nr.

Adresse des Finanzgerichts

Datum

Betr. Klage gegen das Finanzamt

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den Bescheid vom in der Form des Widerspruchsbescheids
vom erhebe ich Klage.

Aufgrund meiner Erwerbstätigkeit habe ich mein Kind in einer Einrichtung (oder einer anderen anerkannten Kinderbetreuung) betreuen lassen. Diese Betreuung hat im Jahr € gekostet. Ich beantrage die volle steuerliche Anerkennung dieser erwerbsbedingten Ausgaben.

Begründung:

Kinderbetreuungskosten, die aufgrund der Erwerbstätigkeit der Eltern anfallen, mindern deren steuerliche Leistungsfähigkeit. Das ergibt sich zunächst aus Art. 3 Abs. 1 GG (allgemeiner Gleichheitssatz). Erwerbsbedingte Betreuungskosten mindern das Erwerbseinkommen ebenso wie andere Werbungskosten oder Betriebsausgaben. Es sind Kosten, die für Eltern erforderlich sind, um Erwerbseinkommen zu beziehen - vergleichbar mit der Möglichkeit, Aufwendungen aufgrund der Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte steuermindernd geltend zu machen.

Art. 3 Abs. 2 GG gebietet die steuerliche Berücksichtigung, weil es überwiegend Frauen sind, deren Verdienst oder Zuverdienst durch erwerbsbedingte Betreuungskosten belastet ist. Auch aus dem rechtsverbindlichen Teil der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10.11.1998 (BVerfGE 99, 216) folgt die Notwendigkeit, diese Kosten zum Abzug von der Bemessungsgrundlage zuzulassen.

Die im Einkommensteuerrecht vorgesehenen Entlastungen in Bezug auf die Kinderbetreuung reichen nicht aus. Das gilt insbesondere für die Regelung des § 4 f EStG, nach der nur 2/3 der erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten steuerlich absetzbar sind. Der Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung in § 32 Abs. 6 EStG, der aufgrund seiner Konzeption als Freibetrag innerhalb des Verrechnungssystems des Familienleistungsausgleichs erst ab sehr hohen Einkommen eine Wirkung zeigt, hat für einen Großteil der Steuerzahler/innen mit Kindern keine Entlastungswirkung.

Da zurzeit in dieser Sache eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (AZ: 2 BVR 1270/07) anhängig ist, beantrage ich das Ruhen meines Verfahrens bis zu dessen Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen